

2. Die deutschen Imperialisten, die als Juniorpartner der amerikanischen Monopolherren heute schon wieder von der Vorherrschaft in Europa träumen, und alle aus der Deutschen Demokratischen Republik verjagten und geflohenen Junker und Feinde des Volkes. Sie hoffen, mit Hilfe des anglo-amerikanischen Imperialismus ihre in der Deutschen Demokratischen Republik enteigneten Betriebe und Güter durch die Entfesselung eines Bruderkrieges wiederzugewinnen und aufs neue gen Osten zu marschieren.

Sie schlossen darum mit den amerikanischen und englischen Imperialisten ein Kriegsbündnis und erklärten ihren Beitritt zum sogenannten Europäischen Verteidigungsgemeinschaftsvertrag.

Welche Folgen die Bonner und Pariser Verträge für Deutschland haben, ist der Arbeiterklasse heute schon aus eigener Anschauung bekannt. Sie und das deutsche Volk sind darum gegen diese Verträge. Auch die sozialdemokratischen Arbeiter sagen zu diesen Verträgen nein. Die sozialdemokratische Fraktion im Bonner Bundestag stimmte zwar gegen die Ratifizierung der Verträge, aber sie stimmte nicht prinzipiell gegen die Verträge, sondern gegen die „Verträge in dieser Form“, wie Ollenhauer sich ausdrückte. Adenauer hat diese sozialdemokratischen Manöver während der dritten Lesung der Verträge von Bonn und Paris vor dem Bundestag preisgegeben und die absolute Übereinstimmung der rechten SPD-Führer mit den deutschen Imperialisten dargelegt. „In den wahrhaft entscheidenden Fragen“, so sagte Adenauer, „sind die Voraussetzungen für die Zustimmung der SPD zu den Verträgen erfüllt. Das kann ich ihnen beweisen mit allem, was Dr. Kurt Schumacher erklärt hat.“

In der Tat, Schumacher erklärte im September 1950: „Wir sind bereit, wieder Waffen zu tragen, wenn die westlichen Alliierten mit uns das gleiche Risiko und die gleichen Chancen übernehmen und sich mit größtmöglicher Macht an der Elbe konzentrieren.“

Schumacher verlangte das „Recht“, daß „die Kriegsentscheidungen mit allen Kräften östlich der Weichsel gefällt werden“.

Das sind also die „Rechte“, die Ollenhauer verlangt, Rechte, auf die die sozialdemokratischen Arbeiter verzichten.

Niemals wäre es Adenauer gelungen, die Annahme seiner Verträge im Bundestag zu erreichen, wenn ihm die rechten Führer der Sozialdemokratie dabei nicht durch eine solche verräterische Ideologie geholfen hätten. Während die Adenauer-Clique die Verträge ausarbeitete, um die Erweiterung der Rechte der westdeutschen Monopolherren und Hitlergenerale schwächerte, während sie die Mobilisierungspläne ausarbeitete, die Posten verteilte, Kasernen baute, Flugplätze und Grundstücke für die amerikanischen Militärstäbe zur Verfügung stellte, bemühten sich die rechten Führer der SPD, die Wachsamkeit der westdeutschen Patrioten einzuschläfern, indem sie unter den Massen die illusorische Hoffnung erweckten, daß man die Ratifizierung der Verträge durch parlamentarische Maßnahmen, durch kaum beantragte, aber schnell zurückgezogene einstweilige Verfügungen eines Verfassungsgerichtes oder durch Neuwahlen für den westdeutschen Bundestag vereiteln könne. Die rechten sozialdemokratischen Führer sprechen sich in Worten gegen die Verträge aus, in Wirklichkeit aber führen sie die westdeutsche Bevölkerung Schritt für Schritt an die amerikanischen Kriegspläne heran. Sie wollen die Empörung der Werktätigen gegen die USA-hörige Politik Adenauers abfangen und lähmen. Das ist eine Politik der direkten

Unterstützung der Feinde des deutschen Volkes, des amerikanischen und deutschen Imperialismus. Es gibt nicht wenige sozialdemokratische Arbeiter, die diese Scheinopposition ihrer Führer auch heute noch nicht durchschauen oder sich vor der richtigen Erkenntnis scheuen, weil sie gleichbedeutend ist mit dem Hinauswurf aus ihrer Partei durch eine kleine Gruppe von machtlüsterne Menschen, die sich „ParteiVorstand“ nennen. Wir aber haben volles Vertrauen zu unseren sozialdemokratischen Klassenbrüdern, daß sich auch bei ihnen eines Tages, unter dem Druck der unheilvollen Ereignisse, die Hohlheit der sozialdemokratischen „Politik“ offenbart und das längst überalterte und morsche Gebäude der SPD kraftlos in sich zusammenbricht. Es ist unbestreitbar, daß die sozialdemokratischen Arbeiter und alle übrigen westdeutschen Werktätigen bereit sind, gegen die Kriegsverträge, für einen gerechten Friedensvertrag zu kämpfen.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wird darum nicht nachlassen, die Verständigung der deutschen Arbeiterklasse — wie auch die aller Deutschen untereinander — zu fordern als Voraussetzung für die Lösung der Lebensfragen unseres Volkes. Die Tatsache der offiziellen Einbeziehung der Bundesrepublik in den aggressiven Atlantikblock durch die Ratifizierung der Bonner und Pariser Verträge und die in diesen Verträgen verkündete Absicht, das antidemokratische Regime der Bundesrepublik auf die Deutsche Demokratische Republik auszudehnen, zeigt, daß für das deutsche Volk ein nationaler Notstand entstanden ist, der längst beseitigt wäre, wenn es eine gesamtdeutsche einheitliche Arbeiterbewegung gäbe. Darum wandte sich das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands am

14. März 1953 erneut an die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und schlug ihnen vor, in einen freien Meinungs austausch zu treten, Kommissionen in die Deutsche Demokratische Republik zu entsenden und die Errungenschaften und die Politik der Arbeiterschaft der Deutschen Demokratischen Republik zu studieren, um auf der Grundlage der Solidarität und der ehrlichen Klassenbrüderschaft gemeinsam in marxistischer Klarheit Kampfmaßnahmen gegen die deutschen und amerikanischen Kriegstreiber zu beraten. So, wie es die Kommunisten, Sozialdemokraten und parteilösen Arbeiter in Hamburg, Solingen, Bochum, Oberhausen und vielen anderen Orten in Westdeutschland taten, als sie unter der Losung August Bebel: „Vereint sind wir alles, getrennt sind wir nichts“ Front gegen die Politik Adenauers und Ollenhauers machten.

Vielen sozialdemokratischen Arbeitern wird klar, daß in der Deutschen Demokratischen Republik mit dem Beschluß der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands — mit dem planmäßigen Aufbau des Sozialismus zu beginnen — ihr ureigenstes Kampfziel verwirklicht wird.

„Das deutsche Volk“, so heißt es im Beschluß der II. Parteikonferenz, „aus dem die bedeutendsten deutschen Wissenschaftler Karl Marx und Friedrich Engels, die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, hervorgegangen sind, wird unter der Führung der Arbeiterklasse die großen Ideen des Sozialismus verwirklichen.“

Diese Aufgabe aber kann nur eine einheitliche Arbeiterpartei, nur eine Partei von neuem Typus erfüllen, die ihre Feinde innerhalb und außerhalb der Partei unverkennlich bekämpft und ihren Einfluß ausschaltet.

„Man darf nicht zulassen“, so lehrt uns der Genosse Stalin, „daß in dem führenden Stab der Arbeiterklasse Kleingläubige, Opportunisten, Kapitulanten, Verräter